



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Generalsekretärin

Prof. Dr. Theodor Ebert
Erster Vorsitzender des Bundes für Geistesfreiheit Erlangen
Schobertweg 41
91056 Erlangen

Berlin, 7. Juli 2011

Sehr geehrte Prof. Dr. Ebert,

vielen Dank für Ihr Schreiben an den Parteivorsitzenden, welches ich
zuständigkeitshalber beantworte.

Gerne nehme ich zu Ihren Ausführungen Stellung.

Die SPD ist eine weltanschaulich plurale Partei, in der Menschen aus unterschiedlichen
Begründungen für die programmatischen Ziele der Partei zusammen arbeiten. Das ist
unser Markenzeichen. Selbstverständlich können deshalb innerhalb der SPD auch
laizistische Positionen vertreten werden. Allen Mitgliedern ist es unbenommen, ihre
Positionen und Forderungen in bestimmten Fragen innerhalb der Partei zu vertreten
und für sie zu werben – das auch dann, wenn sie auf einen substanziellen Kurswechsel
zielen.

Die Frage ist aber, in welcher Form dies geschehen sollte.

Der Parteivorstand ist der Auffassung, dass dies nicht im Rahmen eines vom
Parteivorstand anerkannten Arbeitskreises geschehen kann. Deshalb hat er in seiner
Sitzung am 9. Mai 2011 den Antrag der Gruppe auf Anerkennung abgelehnt. Denn ein
Arbeitskreis ist eine unselbständige Einrichtung des Parteivorstands oder des
Vorstands einer Gliederung. Er handelt in dessen Auftrag und der Vorsitz von
Arbeitskreisen kann sogar vom Vorstand bestimmt werden. Hätte der Parteivorstand
dem Antrag auf Anerkennung eines „AK Laizistinnen und Laizisten in der SPD“
zugestimmt, so hätte er einem Kreis den Auftrag gegeben, für Forderungen zu werben,
die im Widerspruch zum eigenen Grundsatzprogramm stehen.

Denn die Gruppe, die sich am 16. Oktober 2010 in Berlin zusammengeschlossen hat, hat sich zum Ziel gesetzt, eine strikte Trennung nicht nur von Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften, sondern von Staat und Religion insgesamt durchzusetzen. Das widerspricht der historischen Tradition und dem Programm unserer Partei. Das Hamburger Grundsatz-Programm führt die religionspolitische die Linie des Godesberger (1959) und des Berliner Programms (1989) weiter und nennt die jüdischen und christlichen Wurzeln der SPD gleichberechtigt neben Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Es bekennt sich zur Achtung vor den Kirchen und Religionsgemeinschaften, zur Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit ihnen und zur Anerkennung von deren Recht, ihre inneren Angelegenheiten selbst zu regeln. Für die SPD sind die Kirchen und Religionsgemeinschaften, so heißt es wörtlich, „unverzichtbare Partner auf dem Weg zu einer humanen, zukunftsfähigen Gesellschaft“.

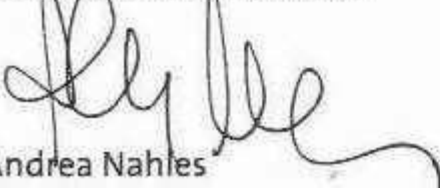
Der Hinweis auf die Existenz eines christlichen und eines jüdischen Arbeitskreises entkräftet die Argumente gegen einen AK Laizismus auch nicht. Denn der Laizismus ist kein religiöses oder weltanschauliches Bekenntnis, sondern ist eine Positionierung in einer bestimmten Sachfrage – zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Dem gegenüber bilden der christliche und der jüdische AK eine Arbeitsplattform, die sozialdemokratische Positionen in die Kirchen und in die jüdische Gemeinschaft hinein vermitteln.

Laizistisch gesinnte SozialdemokratInnen können in den Gremien der SPD auf allen Ebenen für ihre Positionen werben und Mehrheiten hierfür suchen. Nur eben in den Gremien der Partei und nicht mit einem eigenen AK.

Die Sachfragen, die hinter der Forderung nach Anerkennung eines solchen Arbeitskreises stehen, nehmen wir gleichwohl sehr ernst. Sie sollen in der politischen Diskussion der SPD Raum bekommen – gerade auch unter Einbeziehung der Genossinnen und Genossen, die sich für eine deutlichere Trennung von Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften einsetzen.

Wir würden uns freuen, wenn sich religiöse und nichtreligiöse Menschen an den Debatten gleichermaßen beteiligen würden. Denn die SPD hat eine starke humanistische und freidenkerische Tradition, die sich lohnen würde, in den ethischen Debatten und für die Grundierung sozialdemokratischer Ziele zur Geltung gebracht zu werden. Dies gilt gerade angesichts der Tatsache, dass in Deutschland der Anteil der Menschen wächst, die nicht (mehr) Mitglieder einer Kirche oder Religionsgemeinschaft sind. Das wäre auch ein wichtiger Beitrag dazu, die religiöse und weltanschauliche Pluralität der Partei, die sie seit Godesberg 1959 kennzeichnet, für die gegenwärtige Gesellschaft fruchtbar zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Andrea Nahles', written in a cursive style.

Andrea Nahles